

Jörg Hofmann  
2. Vorsitzender



**Beitrag zum Europafest:  
Wir machen Europa: Solidarisch. Sozial. Gerecht.**

Stuttgart 17.5.2014

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

in diesem Jahr 2014 jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum  
einhundertsten Mal.

Nur 25 Jahre später - vor 75 Jahren - musste die Welt den Ausbruch des  
Zweiten Weltkriegs erleben.

Keiner von uns Nachgeborenen kann ermessen, wie viel Leid und Elend  
die Welt in diesen Kriegen erleben musste.

Beide Weltkriege haben ihre Wurzeln in Europa.

Einem Kontinent, der über Jahrhunderte durch Eroberungskriege,  
nationalistische und rassistische Greuelthaten geprägt war.

Heute schauen wir auf eine nahezu siebzigjährige Friedensphase in  
Mitteleuropa zurück.

Wir leben heute in der Europäischen Union in einem friedlichen Europa  
mit 28 Mitgliedsstaaten.

Das ist das Ergebnis eines unvergleichlichen politischen  
Einigungsprozesses.

Mir ist diese europäische Entwicklung eine Herzensangelegenheit.

Wegen unserer Geschichte aber auch der Zukunft unserer Kinder.

Und auch aus politischer und wirtschaftlicher Notwendigkeit.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

**Es gibt keine Alternative zu einem einheitlichen, demokratischen und  
sozialen Europa!**

Die Europäische Union ist unverzichtbar für Frieden und Freiheitsrechte  
auf unserem Kontinent!

Dauerhafter Frieden aber ist ohne Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben nicht zu haben.

So wie die EU sich heute darstellt wirkt diese Aufzählung wie eine Mängelliste.

Demokratie, soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben – das kann nicht gedeihen, wenn die EU zu einem Einlagensicherungssystem und Inkassobüro für Staatsschulden verkommt.

Um es klar zu sagen:

Die Hilfspakete für die Krisenstaaten entfalten selbstverständlich eine Wirkung.

Doch nicht bei den Menschen.

Die Milliarden Steuergelder wechseln den Besitzer – zu oft vom Steuerzahler zu den Banken und Finanzinvestoren.

### **Das ist nicht das Europa, das ich will, das wir wollen!**

Die Folgen der unheimlichen Allianz rechts-liberaler Regierungen und der Troika liegen auf der Hand: Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Entrechtung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und schlichte Not prägen in vielen Ländern der Europäischen Union das Leben der Menschen.

Kurzum: Daseinsvorsorge und Lebensperspektiven von Millionen Menschen werden unter Finanzierungsvorbehalt gestellt!

In Südeuropa sind bis zu 60 Prozent der Jugendlichen ohne Arbeit.

2008 waren in Spanien über 12 Millionen Arbeitsplätze tarifvertraglich geschützt. 2013 noch ganze 4,6 Millionen!

Der Fortschrittsbericht der EU hält fest, dass ein Viertel aller Menschen Europa von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

Das ist kein Fortschritt, das ist ein massiver Rückschritt zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger Europas.

Da muss man sich nicht wundern, dass die Bürgerinnen und Bürger sich abwenden von Europa!

Richtig ist:

**Es gibt einen Verteilungskonflikt in Europa.**

Aber dies ist kein Verteilungskonflikt zwischen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Bürgerinnen und Bürgern der Länder Europas. Kein Verteilungskonflikt zwischen Nord und Süd, Deutschen und Griechen, Italienern, Spaniern, Portugiesen.

Es ist ein Verteilungskonflikt zwischen sozialen Klassen über die Grenzen hinweg.

Die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung, die über kein Vermögen verfügt, hat nicht viel gemein mit den reichsten 10 Prozent Deutschen, die über die Hälfte des gesamten Vermögens besitzen.

Der deutsche Niedriglöhner, der kaum die Stromrechnung bezahlen kann, hat sehr viel mehr mit denjenigen Griechen gemeinsam, denen der Strom schon abgestellt wurde

Wir müssen bei der Analyse der Lage stärker unterscheiden.

Und zwar grenzüberschreitend zwischen den Profiteuren der Krise und deren Leidtragenden.

Zwischen Verursachern und Opfern. Zwischen Wohlhabenden und Habenichtsen.

Der Versuch, die Völker gegeneinander aufzuhetzen ist ein plummes Ablenkungsmanöver.

Mit dem Ziel, Verantwortlichkeiten zu verschleiern und Gegenwehr zu schwächen.

Diesen scheinbar so schlaunen Professörchen von der sogenannten Alternative für Deutschland sei gesagt:

Deutschlands Wohlstand baut auf der europäischen Integration auf.

Es ist dochbarer Unsinn, in einem Ausstieg Perspektiven zu sehen!

Man konnte darüber streiten, ob die Einführung des Euro in allen Ländern richtig war.

Aber es ist müßig, heute darüber zu streiten, ob man diesen Schritt rückgängig macht.

Man kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, ohne das europäische Projekt insgesamt zu gefährden.

Die Bevölkerung Europas in noch größere Armut zu stürzen.

### **Wir brauchen eine mutige Vorwärtentwicklung des europäischen Gedankens.**

Die Rezepte der Deregulierung und Austerität haben versagt.

Wir brauchen ein solidarisches, demokratisches Europa.

Nicht das Krümmungsmaß der Gurke, sondern soziale Mindeststandards müssen Markenzeichen Europas werden.

Nicht Abschottung der Grenzen und Eingrenzung von Reiserechten, sondern Offenheit und kulturelle Vielheit müssen Europas Identität prägen.

Nicht intransparente Kabinettpolitik hinter verschlossenen Türen, sondern transparente gelebte Demokratie im europäischen Parlament muss die Fernsehbilder prägen.

### **Dazu haben wir konkrete Maßnahmen vorgeschlagen:**

Wir fordern den umfassenden (rechtsverbindlichen) Schutz und die Wahrung von Arbeitnehmerrechten in der EU.

Wir fordern einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte in allen Ländern und eine Stärkung der europäischen Betriebsräte.

Wir fordern eine Stärkung der Tarifautonomie und der Flächenwirkung von Tarifverträgen.

Wir fordern ein europäisches Investitionsprogramm in Bildung und Ausbildung, Infrastruktur, ökologische Modernisierung, Forschung und Entwicklung;

Wir fordern Maßnahmen und Programme, die den jungen Erwachsenen hier und jetzt eine Perspektive bieten. Vor allem die Umsetzung der Jugendgarantie und zwar jetzt und sofort!

Wir fordern die demokratisch legitimierte Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Eurozone. Und dies verlangt eine weitere Stärkung des europäischen Parlamentes und seiner Initiativrechte.

Wir fordern Regulierung und Neustrukturierung der Finanzmärkte mit dem Ziel einer leistungsfähigen Bankenstruktur, die die Realökonomie stützt.

Wir fordern eine steuerpolitische Wende, die hohe Einkommen, große Vermögen und Finanztransaktionen in ganz Europa (auch Deutschland) zur Finanzierung der Krisenlasten weitaus stärker als bisher heranzieht. Die Steueroasen müssen endlich ausgetrocknet werden!

Wir fordern, dass endlich die Profiteure zur Finanzierung von Investitionen zur Kasse gebeten werden.

Die haben sich doch Milliarden und Abermilliarden durch Spekulationen gegen ganze Volkswirtschaften in die Tasche gestopft!

**Stärkung sozialer Rechte, Regulierung der Finanzmärkte und Investitionen in Wachstum statt Schüren nationalistischer Vorbehalte – das ist unsere Alternative für Deutschland und Europa.**

Ohne Wachstum wird der soziale Sprengstoff, der sich schon heute in einem zunehmend ungleichen Europa aufgebaut hat, weiter zunehmen.

Und das nimmt vor allem den jungen Menschen Lebenschancen.

Sie sind am härtesten von Perspektivlosigkeit durch Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung betroffen.

Dieser soziale Sprengstoff ist leicht zu entzünden für nationalistische Demagogen.

Wir stellen dagegen ein Europa der Fairness, des Ausgleichs. Ein soziales und demokratisches Europa.

Ein Europa, das den Menschen mehr Freiheit jenseits der Grenzen der Nationalstaaten ermöglicht.

Ein solidarisches Europa, das seinen Bürgerinnen und Bürgern mehr soziale Sicherheit bieten kann, weil es die wirtschaftliche Kraft dafür hat.

Ein friedliches, demokratisches und soziales Europa!!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Forderungen haben nur eine Chance praktische Politik zu werden, wenn wir ein starkes Europa der Bürger bekommen.

Die Rechte des europäischen Parlaments sind durch den Lissabonner Vertrag deutlich gestärkt worden.

Jetzt nach den kommenden Europa-Wahlen kann es wirksamer handeln.

Deshalb:

Wer ein anderes Europa will, wer wie ich von der Idee nach wie vor überzeugt ist, muss am 25. Mai zur Wahl gehen.

Wir müssen mit unserer Wahl dafür sorgen, dass das Europäische Parlament auch durch eine möglichst hohe Wahlbeteiligung gestärkt wird.

Es lohnt sich, für ein besseres Europa zu streiten!

Und ich rufe deshalb dazu auf, am Wahlsonntag das Stimmrecht zu nutzen.

Nehmt Familien und Freunde mit!

Sorgt dafür, dass die demokratischen Institutionen Europas hohe Legitimation durch hohe Wahlbeteiligung bekommen!

Es ist unser Europa. Wir haben die Wahl!